

Rechtsticker Nahverkehr

+++aktuelle Urteile+++neue Vorschriften+++Vergaben+++

PBefG: Bundesrat lässt interne Direktvergaben unberührt

Am 23.09.2011 hat der Bundesrat über den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) entschieden. Das Plenum schloss sich in wichtigen Punkten den Empfehlungen der Ausschüsse, insbesondere des Verkehrsausschusses an und widersprach damit in wichtigen Teilaspekten dem Entwurf der Bundesregierung.

Für Kommunen und kommunale Verkehrsunternehmen war die Entscheidung des Plenums in mehreren Themenbereichen von hohem Interesse. Insbesondere die Stellungnahme zur Möglichkeit der Direktvergabe im ÖPNV-Sektor wurde spannungsvoll erwartet.

Der Bundesrat entschied im Einzelnen wie folgt:

Auch künftig sollen die von den Ländern bestimmten Aufgabenträger nur dann öffentliche Dienstleistungsaufträge für Personenverkehrsdienstleistungen erteilen dürfen, soweit die Versorgung nicht bereits eigenwirtschaftlich gewährleistet ist. Für solche Aufträge kommen dabei grundsätzlich die Vorschriften des GWB zur Anwendung. Ferner dürfen unter Verweis auf die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Direktvergaben auch weiterhin nur bei kleinen Aufträgen sowie Aufträgen an interne Betreiber erfolgen. Bemerkenswert



Dr. Ute Jasper



Dr. Kristina Neven-Daroussis



Dr. Daniel Soudry

HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK
Düsseldorf

ist insoweit, dass der Bundesrat - entgegen dem Regierungsentwurf - an dieser Stelle auf neue, über die Verordnung hinausgehende Voraussetzungen für Direktvergaben im ÖPNV-Bereich ausdrücklich verzichtet. Das Plenum hat damit eindeutig einer Gesetzgebung im Lichte des Europarechts den Vorzug gewährt.

Ein Vermittlungsverfahren scheint nun unausweichlich, da der Bundestag dem Gesetz voraussichtlich nicht zustimmen wird. Der endgültige Ausgang des Gesetzgebungsverfahrens darf also mit Spannung erwartet werden.

Neue VgV: Energieeffizienz als Vergabekriterium

Am 20.08.2011 ist eine erneute Änderung der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) in Kraft getreten. Künftig müssen öffentliche Auftraggeber bei europaweiten Beschaffungen die Energieeffizienz stärker berücksichtigen.

Auftraggeber sollen in der Leistungsbeschreibung das höchste Leistungsniveau an Energieeffizienz bzw. die höchste Energieeffizienzklasse fordern. Außerdem muss die Energieeffizienz auf der Wertungsebene als Zuschlagskriterium angemessen berücksichtigt werden. Bei der

Beschaffung von Straßenfahrzeugen gilt das für den Energieverbrauch und die Umweltauswirkungen.

Für die Wertung des Zuschlagskriteriums Energieeffizienz muss der Auftraggeber Informationen von den Bietern anfordern. Dazu gehören konkrete Angaben zum Energieverbrauch, es sei denn, die auf dem Markt erhältlichen Produkte unterscheiden sich im zulässigen Energieverbrauch nur geringfügig. Diese Einschränkung soll die Regelung praxistauglicher machen. Ferner muss der Auftraggeber in geeigneten Fällen eine Analyse minimierter Lebenszykluskosten fordern.

Die gleichen Kriterien gelten auch bei der Vergabe von Dienstleistungen und Produkten, die wesentliche Bestandteile von Bauleistungen sind. Mit den Änderungen setzt der Gesetzgeber die Richtlinie 2010/30/EU und das Energiekonzept der Bundesregierung zur umweltfreundlichen Beschaffung um. Bereits am 09.05.2011 war die VgV um Regelungen zur Fahrzeugbeschaffung ergänzt worden.